



Katar



Diskriminierung / Unverändert

Religion

Bevölkerung

Fläche

- Muslime : **83.8%**
- Christen : **9.2%**
- Hindus : **2.5%**
- Agnostiker : **2.4%**
- Buddhisten : **1.9%**

2.291.000

11.607 Km²

Gesetzeslage zur Religionsfreiheit und deren faktische Anwendung

Katar wird von den Emiren der Al Thani-Dynastie in Erbmonarchie regiert. Das Land verfügt über reiche natürliche Gas- und Ölvorkommen und ist daher nach pro-Kopf-Einkommen eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Alle Staatsbürger von Katar sind Muslime, einschliesslich der herrschenden Familie. Die vorherrschende Glaubensrichtung ist die Wahhabi-Form des sunnitischen Islam, schiitische Muslime sind in der Minderheit. Allerdings sind nur etwa 10% der Gesamtbevölkerung Kataris mit voller Staatsbürgerschaft. Die restlichen Bewohner des Landes sind mehrheitlich Gastarbeiter. Unter den Bewohnern, die nicht Staatsbürger Katars sind, sind ein Grossteil sunnitische oder schiitische Muslime, daneben gibt es einige Hindus, Christen und Buddhisten.

Die katholische Kirche vor Ort schätzt die Anzahl der Katholiken auf bis zu 300.000. Andere Konfessionen, wie Anglikaner oder Orthodoxe, kommen auf weniger als 5% des Bevölkerungsteils ohne die katarische Staatsangehörigkeit.

Den acht erfassten christlichen Konfessionsgemeinschaften ist es erlaubt, in einem vom Staat zugewiesenen Areal in einem Vorort von Doha gemeinschaftliche Gottesdienste abzuhalten, auf einem vom Emir gestifteten Grundstück. Vor der Erschliessung dieses Gebiets hielten katholische Gläubige ihr Gebet und ihre Gottesdienste in behelfsmässigen Kapellen; ab – in Wohnhäusern oder, in einem Fall, in einer Schule. Nach der Iranischen Revolution war die Ausübung nicht-islamischer Religionen in Katar untersagt, erst 1995 wurde Religionsfreiheit gewährt. Diese Freiheit war jedoch auf abrahamitische Religionen beschränkt, also auf das Judentum, Christentum und den Islam. Nicht- abrahamitische Religionen können sich weder staatlich registrieren lassen noch Gotteshäuser errichten, der Staat toleriert jedoch das Gebet in Privathaushalten.

Wer vom Islam konvertiert, tut dies auf hohes eigenes Risiko und muss den neuen Glauben geheim halten. Die christliche Menschenrechtsorganisation Open Doors sagt dazu: „[Apostaten] riskieren die Ächtung durch ihre Familien

und Gemeinschaften, körperliche Gewalt oder sogar Ehrenmord, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird.“^[1] Die meisten katarischen Muslime, die zum Christentum konvertieren, tun dies daher im Ausland und kehren aus Angst um ihre Sicherheit nicht mehr zurück.

Laut Artikel 1 der Verfassung ist der Islam die Religion [Katars], und das Gesetz des Islam bildet die wichtigste Grundlage für die Gesetzgebung. Gemäss Artikel 35 sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Niemand wird aufgrund des Geschlechts, der Rasse, Sprache oder Religion benachteiligt. Artikel 50 besagt: Allen Menschen wird im Rahmen der Gesetzgebung und soweit es der Schutz der öffentlichen Ordnung und Moral zulassen Religionsfreiheit zugesichert.

Mit dem Gesetz Nr. 11 aus dem Jahr 2004 wurde das Strafrecht des Islam für eine Reihe von Vergehen, einschliesslich Apostasie, eingeführt. Artikel 1 des Gesetzes besagt, dass „die Bestimmungen des islamischen Rechts für die folgenden Vergehen angewandt werden, sofern der Beklagte oder das Opfer Muslime sind: 1. Hadd-Strafen für Diebstahl, Raub, Ehebruch, Verleumdung, Alkoholkonsum und Apostasie. 2. Die Prinzipien der Wiedervergeltung (Qisas) und des Blutgelds (Diyā). Obwohl auf Apostasie die Todesstrafe steht, ist seit der Unabhängigkeit Katars 1971 niemand aufgrund dieses Vergehens hingerichtet worden. Bekehrungsversuche sind in Katar ebenfalls strafbar. Laut Paragraph 257 kann jede Person, die Missionierungsversuche unternimmt, mit einer Haftstrafe von bis zu sieben Jahren belegt werden.“^[2]

Gotteslästerung gegen den Islam, das Christentum oder Judentum wird mit Haftstrafen von bis zu sieben Jahren geahndet.^[3]

Vorkommnisse

Laut dem Catholic Church's Apostolic Vicariate of Northern Arabia (Apostolisches Vikariat der Katholischen Kirche in Nord-Arabien) wird der amtierende Emir für seine religiöse Toleranz und Unterstützung des interreligiösen Dialogs gelobt, wobei er gleichzeitig ein festes Augenmerk auf das Gesetz des Islams hält.^[4] Dies passt zu Beschreibungen durch Staatsbeamte in der Vergangenheit. In einer Rede vom März 2015 in Genf anlässlich der 28. Sitzung des Rats für Menschenrechte im Dialog mit dem Sonderberichterstatter für Religion und Glaubensfragen sagte Scheich Khalid bin Jassim Al- Thani, Leiter der Abteilung für Menschenrechte im Aussenministerium von Katar: „Der Staat Katar hat die Garantie auf Religions- und Glaubensfreiheit für Nicht-Muslime bestätigt, indem er Gotteshäuser hat errichten lassen, wie den weithin als „Church City“ (Kirchenstadt) bekannten religiösen Komplex“. Darüber hinaus habe der Staat auch den verfassungsmässigen Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit untermauert, indem er eine Reihe entsprechender Gesetze verabschiedet und Einrichtungen auf Regierungs- und Nichtregierungsebene ins Leben gerufen hat, darunter auch das Doha International Centre for Interfaith Dialogue (Internationales Zentrum für den interreligiösen Dialog in Doha), das 2008 mit dem Ziel der Förderung und Verbreitung einer Dialogkultur, der gegenseitigen Akzeptanz und der friedlichen Koexistenz verschiedener Religionen geschaffen wurde. Er fügte hinzu, dass der Staat Katar schon lange Gastgeber internationaler Konferenzen und Foren für Menschenrechtsfragen und Förderer einer Dialogkultur sei, einschliesslich der jährlichen Konferenz zum Interreligiösen Dialog.^[5]

Infolge staatlicher Direktiven haben die Kirchen im Mesaimeer Religious Complex (Religiöser Komplex von Mesaimeer) im Juli 2015 erhöhte Sicherheitsmassnahmen eingeführt: Die Parkplätze wurden abgeriegelt, Metalldetektoren eingeführt und die Anzahl von Sicherheitskräften erhöht.^[6] Im Dezember 2016 hatten sich Tausende Gläubige zur den Messen im Komplex versammelt.^[7]

In der Vergangenheit wurden die Moscheen von Katar von Geistlichen, die einen harten Kurs verfechten, als Plattformen genutzt. Dazu gehört zum Beispiel ein berüchtigter Vorfall vom März 2015, als der saudische Geistliche Sa'ad Ateeq al Ateeq in der Grossen Moschee in Doha für die Zerstörung einer Reihe nicht-muslimischer Gemeinschaften betete: Allah, stärke den Islam und die Muslime, und vernichte unsere Feinde, die Feinde unserer Religion. Allah, vernichte die Juden und den, der Juden aus ihnen gemacht hat; vernichte die Christen, die Alaviten und die Schiiten!^[8]

Seither hat es jedoch keine weiteren Vorfälle dieser Art gegeben.

Die katarische Nachrichtenagentur gibt unter Berufung auf Zahlen, die vom Kulturinstitut Katar Guest Center und dem Wohltätigkeitsverband Sheikh Eid Charity Association veröffentlicht wurden, an, dass 2017 während des Ramadan-Monats 615 im Katar lebende Ausländer zum Islam übergetreten seien. In Katar wird die Zahl der Übertritte zum Islam regelmässig publiziert, und sie kann pro Jahr in die Tausende gehen. Die hohe Zahl an Übertritten könnte durchaus dem guten Informationsstand über die Landesreligion geschuldet sein, einzelne Gruppen suggerieren jedoch, dass sie auch durch soziale und wirtschaftliche Vorteile motiviert sein könnte.^[9]

Im Juni 2016 unterstrich der katarische Aussenminister Scheich Mohamed Bin Abdulrahman Al-Thani erneut, dass die Regierung jede Form von gewalttätigem Extremismus ablehnt und dass die Regierung die Bemühungen der internationalen Gemeinschaften unterstütze, Herr über den Extremismus zu werden. In einer Rede im Rahmen einer Konferenz zu vom Extremismus betroffenen Kindern am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York sagte er, dass Extremismus nicht in der Religion, sondern durch soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren begründet sei. Nach Angaben der Zeitung „Gulf Times“ betonte Scheich Mohammed die Rolle religiöser Vorbilder, die Toleranz und humanitäre Werte predigen, sowie die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und Intellektueller, die einen Geist der Vergebung und Toleranz verbreiten und nach Kompromissen suchen, statt ihre Meinung anderen aufzuzwingen.^[10]

Im Oktober 2017 fand eine zweitägige Konferenz am Doha Institute for Higher Studies (Institut für Höhere Studien in Doha) statt.^[11] Die teilnehmenden Universitätsprofessoren, Politikwissenschaftler, Forscher und Schriftsteller sprachen schwerpunktmässig über die Gewalt, mit der Christen aus der Region vertrieben werden. Insbesondere ging es dabei um Ägypten und den Irak. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit genutzt werden könnten, um die Rolle der Religion in der Region neu zu definieren. Die wichtigsten Schlüsse der Veranstaltung waren, dass das Fehlen von Bürgerrechten im arabischen Raum nicht nur religiöse Minderheiten, sondern auch die muslimische Mehrheit betrifft. Darüber hinaus wurde klar gesagt, dass es wichtiger sei, gemeinsame Werte zu fördern als religiöse Unterschiede hervorzuheben. „Man kann die Christen nicht einfach vom Rest der arabischen Region trennen“, erklärte Azmi Bishara. Er fügte hinzu, dass „Staatsbürgerschaft mit gleichen Rechten und Demokratie die einzig richtige Lösung seien.“

Im Februar 2018 wurde die 13. Konferenz von Doha zum Interreligiösen Dialog (DICID) unter dem Motto „Religionen und Menschenrechte“ abgehalten.^[12] Zu den Teilnehmern gehörten muslimische, christliche und jüdische geistliche Führer, Akademiker und andere Experten für interreligiöse Beziehungen. Die Redner forderten zur „Umsetzung der religiösen Werte der göttlichen Religionen“ auf sowie dazu, „das internationale Recht um Schutz der Menschenrechte zu fördern und Menschenrechtsverletzungen zu beenden, egal, ob es sich bei den Tätern um Staaten, Einzeltäter oder Gruppen handelt.“ Darüber hinaus betonte Dr. Ibrahim bin Saleh Al Nuaimi, Vorsitzender der DICID, dass es notwendig sei, „wirksame internationale Mechanismen zu entwickeln, die Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung garantieren“, ebenso wie es erforderlich sei, „die Bräuche, Traditionen aller Menschen und das, was ihnen heilig ist, zu respektieren.“

Perspektiven für die Religionsfreiheit

Katar ist nach wie vor ein konservatives islamisches Land, in dem die Religionsfreiheit sowohl auf staatlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene eingeschränkt ist. Im Land leben auch viele Anhänger eines radikalen Islam. Mitglieder der registrierten Glaubensgemeinschaften können jedoch unbehelligt Gottesdienste abhalten. Die Erteilung der Baugenehmigung für eine evangelikale Kirche ist ein positives Signal. Gebete und Gottesdienste nicht registrierter Glaubensgemeinschaften werden toleriert.

Katar wird vorgeworfen, mit dem Iran zusammenzuarbeiten und die Muslimbruderschaft und terroristische Gruppen zu finanzieren. Die politische und diplomatische Krise, die sich im Juni 2017 zwischen einer von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführten Koalition manifestierte, der auch Bahrain und Ägypten angehören, hat

Katar isoliert.

„Katar ist nach wie vor ein konservatives islamisches Land, in dem die Religionsfreiheit sowohl auf staatlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene eingeschränkt ist. Im Land leben auch viele Anhänger eines radikalen Islam. Mitglieder der registrierten Glaubensgemeinschaften können jedoch unbehelligt Gottesdienste abhalten.“

| Endnoten / Quellen

- [1] „Qatar“, Open Doors, <https://www.opendoorsuk.org/persecution/countries/qatar/>, (Zugriff am 28. Februar 2018).
- [2] „Qatar“, Library of Congress, Laws Criminalizing Apostasy, <http://www.loc.gov/law/help/apostasy/#qatar>, (Zugriff am 28. Februar 2018).
- [3] Religious law, prison for „blasphemy“, severe sexual inequality: Qatar’s human rights review, IHEU – International Humanist Ethical Union, 22. September 2014, <http://iheu.org/religious-law-prison-for-blasphemy-severe-sexual-inequality-qatars-human-rights-review/>, (Zugriff am 27. Februar 2018).
- [4] „The Catholic Church in Qatar“, Apostolic Vicariate of Northern Arabia (AVONA), http://www.avona.org/qatar/qatar_about.htm – .WqatnZPwb-a, (Zugriff am 26. Februar 2018).
- [5] „Qatar Committed to Ensuring Freedom of Religion or Belief of Non-Muslims“, Ministry of Foreign Affairs, 10. März 2015, <https://mofa.gov.qa/en/all-mofa-news/details/2015/03/10/qatar-committed-to-ensuring-freedom-of-religion-or-belief-of-non-muslims>, (Zugriff am 28. Februar 2018).
- [6] C. D'Mello, „Security tightened at Qatar churches after government directive“, Doha News, 12. Juli 2015, <https://dohanews.co/qatar-churches-close-car-parks-to-congregants-over-security-concerns/>
- [7] S. Khatri, „Qatar’s faithful head to church for Christmas services“, Medium – Doha News, 24. Dezember 2016, <https://medium.com/dohanews/qatars-faithful-head-to-church-for-christmas-services-fef81c9cc45a>, (Zugriff am 5. März 2018).
- [8] O. Adaki and D. A. Weinberg, „Preaching Hate and Sectarianism in the Gulf“, Foreign Policy, 5. Mai 2015, <http://foreignpolicy.com/2015/05/05/preaching-hate-and-sectarianism-in-the-gulf-saudi-arabia-qatar-uae-saad-bin-ateeq-al-ateeq/>, (Zugriff am 3. März 2018), O. Adaki and D. A. Weinberg, „Recent Qatari incitement and Troubling Extremist Ties“ Foundation for Defense of Democracies, <http://www.defenddemocracy.org/dw-tv-subtitles/>, (Zugriff am 3. März 2018).
- [9] S. Khatri, „More than 600 people convert to Islam in Qatar during Ramadan“, Doha News, 24. Juli 2015, <https://dohanews.co/more-than-600-people-convert-to-islam-in-qatar-during-ramadan/>, (Zugriff am 28. Februar 2018).
- [10] Qatar reiterates rejection of violent extremism, Gulf Times, 5. Juni 2016, <http://www.gulf-times.com/story/496907/Qatar-reiterates-rejection-of-violent-extremism>, (Zugriff am 28. Februar 2018).
- [11] Conference in Doha addresses the persecution of Christians, promotes shared values, Asia News, 23. Oktober 2017, <http://www.asianews.it/news-en/Conference-in-Doha-addresses-the-persecution-of-Christians,-promotes-shared-values-42128.html>, (Zugriff am 5. April 2018).
- [12] Doha International Center for Interfaith Dialogue, 20.– 21. Februar 2018, http://www.dicid.org/english/doha_interfaith_conference13.php, (Zugriff am 3. März 2018).